



CVP Schweiz
Klaraweg 6
Postfach 5835
3001 Bern

Erschienen am 24.03.2006

Wer mit dem Referendum droht, setzt die Bilateralen auf das Spiel

Rosmarie Zapfl, Nationalrätin (ZH)

Kaum ist das Kohäsionsgesetz angenommen, gibt es Referendumsdrohungen. Scheinbar ist diesen Kräften nicht klar, welche Auswirkungen eine Ablehnung hätte. Nicht nur der Stellenwert der Ostzusammenarbeit, sondern die gesamten bilateralen Verträge würden aufs Spiel gesetzt.



Die CVP unterstützt das Kohäsionsgesetz aus drei Gründen:

aus Solidarität gegenüber den Oststaaten
aus wirtschaftlichen Überlegungen
wegen den Auswirkungen auf die Migration der Schweiz.

Der Bundesrat bekräftigt in seinem aussenpolitischen Bericht den politischen und wirtschaftlichen Stellenwert der Ostzusammenarbeit. Die CVP hat sich in den vergangenen Jahren immer klar für die Osthilfe ausgesprochen. Sie entspricht dem heutigen Verständnis der aussenpolitischen Interessenvertretung durch verstärkte internationale Zusammenarbeit und Integration. Die Länder, die unterstützt werden, gehören zu den ärmsten. Mit der Transitionshilfe soll Hilfe zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung geleistet werden. Übergangsprozess noch nicht abgeschlossen Dieser Übergangsprozess geht noch immer weiter und wird sich auch noch in die Länge ziehen. Deshalb ist es aussenpolitisch nicht zu verantworten, wenn ein Finanzierungsmodell angewendet wird, das die öffentliche Entwicklungshilfe kürzt; vor allem nicht nach den Versprechungen, die Bundespräsident Samuel Schmid letztes Jahr am Uno-Gipfel in New York abgegeben hat. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn der Bundesrat auf seinen Entscheid in der Finanzierung zurückkommt.

Keine Kürzung der Entwicklungshilfe

Der Disparitätenausgleich kann, wie Doris Leuthard in ihrer Motion vorschlägt, durch die Heranziehung der Erträge aus der Zinsbesteuerung und der osterweiterungsbedingten zinslichen Steuereinnahmen sowie durch die im Hinblick auf die Beitragszahlung vorgenommenen Kürzung der Osthilfe in der Höhe von 400 Millionen Franken budgetneutral finanziert werden – ohne dass diese öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) gekürzt wird.

Nicht ohne die bilateralen Verträge

Der Zusammenhang der Kohäsionszahlungen mit den bilateralen Verträgen ist offensichtlich. Es ist der Preis, den wir für die Vorteile bezahlen, besonders für diejenigen der Wirtschaft, und das ist korrekt so.

Drei Punkte zeigen die Wichtigkeit dieses Zusammenhanges auf:

1. Die Demokratisierung: Als Mitglied des Europarates sehe ich immer wieder, wie wichtig die Demokratisierung in den Staaten Osteuropas ist. Es ist die wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Meine persönliche Erfahrung bei vielen Besuchen in diesen Staaten bestätigt das. Demokratische Strukturen gewähren Sicherheit und Stabilität, und davon profitieren auch wir. Aber um diese zu entwickeln, braucht es Reformen. Dazu gehört vor allem auch die Bekämpfung der Korruption. Das muss Zielsetzung und Motivation der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas sein. In verschiedenen Regionen dieser Länder zeigt es sich, dass der Friedens- und Stabilitätsprozess noch auf sehr wackeligen Beinen steht.
2. Die Zusammenarbeit mit Dritten: Die Schweiz geniesst in den meisten dieser Länder in Osteuropa einen guten Ruf. Dieser ist auf der bisherigen erfolgreichen Zusammenarbeit gegründet. Die Osthilfe nützt der schweizerischen Wirtschaft. In Zukunft werden deren Chancen durch die Erweiterung noch umfangreicher und grösser sein. Längerfristig können sich neue Beschaffungs- und Investitionspotenziale ergeben. Zwischen 1992 und 2002 haben sich die Exporte der Schweiz in die Länder Osteuropas von 2,2 auf 5,4 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Allein im Bereich der

Infrastrukturfinanzierung wurden in den vergangenen zehn Jahren Lieferaufträge von ungefähr 1 Milliarde Franken an schweizerische Unternehmen vergeben. In manchen Staaten sind damit sehr grosse Fortschritte erzielt worden.

3. Die weitverbreitete Armut: Das ist eine gefährliche Hypothek für den Reformprozess. Die Schweiz will mit dieser Zusammenarbeit die negativen Folgen des Transitionsprozesses mildern und die Verarmung grosser Bevölkerungsteile bekämpfen helfen, sei das bei Reformen im Gesundheitsbereich und Bildungswesen, was ein ganz wichtiger Aspekt ist, oder bei der humanitäre Hilfe an Flüchtlinge und Kriegsoffer. Damit stützt sich der Bundesrat übrigens auf Artikel 54 der Bundesverfassung. Dort wird er nämlich ausdrücklich beauftragt, zur Linderung von Not und Armut beizutragen.

Positive Bilanz

Wenn man also eine seriöse Bilanz von zwölf Jahren Ostzusammenarbeit zieht, so fällt sie erfreulich aus. Daneben gibt es durchaus Bereiche, die zu verbessern sind. Insbesondere soll der Politdialog mit Partnern aus Regierung, Privatsektor und Zivilgesellschaft intensiviert werden. Auch die Synergien zwischen Deza und Seco sollen nach Möglichkeit verstärkt werden – ein uraltes Anliegen von mir persönlich.

Transparenz gewährleistet

In der Botschaft erklärt der Bundesrat, dass er im Rahmen der Jahresberichte über Aussenhandel und Entwicklungspolitik das Parlament regelmässig über die Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas informiert. Auch bei der Beantragung neuer Rahmenkredite wird Bericht erstattet – damit ist auch die Transparenz gewährleistet.

Die Referendumsdrohungen sind also in allen Belangen fehl am Platz. Sie schaden nicht nur dem ausgezeichneten Ruf der Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit, sondern gefährden auch konkret den bilateralen Weg.

Kontakt: Rosmarie Zapfl-Helbling

» Zurück zur Suche